Sommer 2016
FCG-Magazin 02/2016 | P.b.b. GZ 10Z038725M
Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1080 Wien
Österreichische Post AG

vorrangmensch

Magazin der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB



Schwerpunkte der Ausgabe

- Norbert Schnedl zum BREXIT
- KGZE 2016 in Athen
- FCG-Jugend: Arbeit 4.0

FCG

www.fcg.at

Foto: © Europäisches Parlament





Wir halten WORT.

göd.fcg

www.goedfcg.at









© Alexander Raths / olly - Fotolia.com, Andi Bruckner


© Andi Bruckner

Europa am Scheideweg

Dr. Norbert Schnedl
Bundesvorsitzender der FCG
Vizepräsident des ÖGB

Der 23. Juni 2016 wird in den Geschichtsbüchern Eingang finden. Die Entscheidung der Bevölkerung Großbritanniens für einen EU-Austritt hat eine Schockwelle ausgelöst. Manche Britinnen und Briten sind mit Kopfschmerzen aufgewacht, andere haben gefeiert. Das Land ist gespalten. In den meisten Staatskanzleien der restlichen 27 EU-Mitgliedsstaaten war und ist man fassungslos. Ist das der Anfang vom Ende der Europäischen Union?

KOMMISSIONSPRÄSIDENT JEAN CLAUDE JUNCKER hat auf diese Frage einer Journalistin mit einem knappen „Nein" geantwortet – was zu spontanem Applaus während dieser Pressekonferenz führte. Was hat aber die Britinnen und Briten zu diesem Abstimmungsverhalten bewogen? Die Migrationsdebatte hat auch in Großbritannien größtenteils die politische Agenda bestimmt. Da muss man schon zugeben, dass Europa in diesem Punkt bisher wenig effektiv agiert hat. Wenn man die EU betrachtet geht die Fokussierung auf dieses eine, zugegebenermaßen schwierig zu lösende Thema, an der Grundidee vorbei. Die Europäische Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt dieser Erde. Zweifellos war die EU die bedeutendste Erfindung des vorigen Jahrhunderts.

Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt – angesichts von 400 kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit ein nicht hoch genug einzuschätzendes Faktum.

Die EU hat enorm zur Steigerung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands beigetragen. Es ist das Europäische Sozialmodell, um das wir in fast allen Regionen dieser Erde beneidet werden. Und genau dieser Umstand ist Grund für die hunderttausenden Migrantinnen und Migranten, nach Europa aufzubrechen. Das ist wohl Beweis genug, dass Europa auch in der Frage des sozialen Friedens und der Verteilung bisher vorbildlich agiert hat.

Arbeitsrechtliche Standards, Lebensmittelsicherheit, Diskriminierungsverbote und vieles andere mehr sind Errungenschaften, die für alle Mitgliedsstaaten der EU verbindlich und einklagbar sind.

Wollen jene, die die EU so laut kritisieren, diese Errungenschaften wirklich aufgeben? Glauben manche Populisten in Österreich, dass wir als exportorientierte Wirtschaft ohne freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt unsere hohen sozialen und wirtschaftlichen Standards halten könnten?

Wir müssen in der politischen Debatte die Vorzüge der EU wieder in das Zentrum und damit in das Bewusstsein der Menschen rücken. Und die EU muss wieder die großen Linien ziehen. Diskussionen um die Gurkenkrümmung – die Forderung kam übrigens von den Nationalstaaten und war nicht eine Idee der vielgeschmähten sog. „Brüsseler Bürokraten" – bringen niemanden weiter.

Wir haben im ersten Halbjahr auch 125 Jahre „Rerum novarum" gefeiert. Als Papst Leo der XIII. diese päpstliche Enzyklika veröffentlichte, war die Not der Menschen groß. Die Industrialisierung führte zur Massenverarmung und zur Reduktion des Menschen auf die Arbeitskraft, die ausgebeutet wurde. Das Thematisieren dieser sozialen Frage und der Einsatz der entstehenden Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen linderte diese Not und führte über die Jahrzehnte zu hohen sozialen Standards und fairer Verteilung der Produktionsgewinne zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Die Digitalisierung führt uns zu ähnlichen Problemstellungen. Wie wird es uns gelingen, wenn immer mehr Tätigkeiten durch computergesteuerte Maschinen, durch Softwareprogramme oder durch Roboter erledigt werden, dass nicht nur einige wenige, sondern alle von dieser technischen Entwicklung profitieren. Ein Produktivitätsausgleich wird stattfinden müssen, egal ob das manche wollen oder nicht!

ICH WÜNSCHE ALLEN KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN EINEN ERHOLSAMEN SOMMER!

28. Konferenz über gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Europa in Athen

Der Rechtsstaat als Fundament für Freiheit und Demokratie

Seit 28 Jahren bietet die Konferenz über gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Europa (KGZE) ein Forum für christliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus ganz Europa. 72 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 18 europäischen Staaten folgten der Einladung nach Athen.



Bartho Pronk, Andreas Gjecaj und Fritz Neugebauer bei der feierlichen Eröffnung der KGZE.

Fritz Neugebauer hob bei der Eröffnung hervor, dass Demokratie, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit jene Inhalte seien, mit denen sich die 28. KGZE in den nächsten zwei Tagen in allen Facetten auseinandersetzen werde. Und gerade hier in Griechenland – als Geburtsstätte der Demokratie – sei es unsere Aufgabe als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter einen Austausch zu schaffen, der zeigt, dass Toleranz, Rechtstaatlichkeit und Freiheit etwas Selbstverständliches sei – etwas, das leider nicht in allen Kulturen der Welt gelebt werde.

Nikolaos Kioutsoukis, Präsident von D.A.K.E. und Generalsekretär von GSEE, betonte, dass die Frage der Rechtstaatlichkeit als auch die Frage nach dem Sozialen Dialog eine wesentliche Rolle für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Griechenland spiele. Daher sei es wichtig, dass sich Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa mit diesem Thema in Athen auseinandersetzen und ein Zeichen der Verständigung an die griechische Regierung senden.

Bartho Pronk, Präsident des Europäischen Zentrums für Arbeitnehmerfragen, strich die Wichtigkeit der KGZE hervor. Das diesjährige Thema sei gerade in Griechenland, aber auch in vielen andere europäischen Staaten, ein wichtiges Thema, das oft viel zu kurz komme. Dabei dürfe nie vergessen werden, dass die Rechtsstaatlichkeit eine wichtige und tragende Säule der Demokratie sei und auch eine wichtige Basis für den Sozialen Dialog.

Der Kabinettchef des griechischen Justizministers, **Panagiotis Giannakopoulos**, berichtete, dass Griechenland gerade außerordentliche Zeiten erlebe. Die



Stammgast bei der KGZE – Pierre-Jean Coulon öffnete den Gästen die Augen für die fortschreitende Digitalisierung in Europa.



Mag. Christian Haider referierte über die Situation der Justiz in Europa.


Nikolaos Kioutsoukis, Präsident von D.A.K.E. und Generalsekretär von GSEE, fand sehr klare Worte zur Situation Griechenlands.



Österreichs Botschafterin in Griechenland, Mag. Andrea Ikic-Böhm, mit Panagiotis Giannakopoulos, dem Kabinettchef des griechischen Justizministers.



Prof. Milan Katuninec und Panagioutis Gkolfis (von D.A.K.E) gaben einen Überblick über Demokratie und Rechtsstaat in Europa.

Menschen wünschen sich die Sicherheit, dass Unternehmen und Staat die Rechtsstaatlichkeit nicht als leere Worthülse sehen und daran müsse man arbeiten, um zu mehr Gerechtigkeit in Griechenland zu kommen.

Österreichs Botschafterin in Griechenland, **Mag. Andrea Ikic-Böhm**, erklärte, dass Griechenland ein wichtiger Schnittpunkt in Europa, ein Schnittpunkt der Kulturen, aber auch ein Schnittpunkt der Religionen sei. Sie berichtete, dass Griechenland gerade interessante Zeiten erlebe und es besonders wichtig sei, dass man diesem Land solidarische Unterstützung geben müsse. Denn es ist für Österreich, für Europa und für die ganze Welt von großem Interesse, dass Griechenland wieder zu einem stabilen und erfolgreichen Land werde. Dazu brauche es den Sozialen Dialog wie er in Österreich gelebt werde, denn nur durch ein Miteinander können auch Lösungen gefunden werden.

Der ehemalige Minister und derzeitige parlamentarische Sprecher der Neo Demokratia, **Nikos Dendias**, betonte die Wichtigkeit des sozialen Dialogs als Grundlage für alle Verhandlungen in Griechenland. Denn nur im Dialog mit den verschiedenen Parteien und Interessensvertretungen können auch Lösungen erzielt werden.

Einen Überblick über die Entwicklung der Demokratie in Europa, die vor rund 2.500 Jahren in Athen ihren Ursprung hat, gab der Dekan der philosophischen Fakultät der Universität in Trnava, **Prof. Milan Katuninec**. Das 20. Jahrhundert war in der ersten Hälfte von zwei totalitären Regimen geprägt. Seither werde der Kampf um die Rechtsstaatlichkeit geführt, der auch Auswirkungen auf die Menschenwürde habe, weil stabile Regeln auch die Basis für Bürgerrechte seien. Dem Verlust des Vertrauens in die Politik müssen die Gewerkschaften mit noch mehr Engagement gegenübertreten, um auch für die Zukunft soziale Gerechtigkeit zu sichern.

Der Vorsitzende der Bundesvertretung der Richter und Staatsanwälte in der GÖD, **Mag. Christian Haider**, erläuterte in einem spannenden Vortrag die Grundsätze eines Rechtsstaats für Freiheit und Demokratie. In der Verfassung aller modernen Demokratien seien rechtsstaatliche Prinzipien festgeschrieben. Dazu zählen die Gewaltenteilung, also die strikte Trennung von Legislative, Exekutive und Jurisdiktion. In Österreich werde höchstes Augenmerk auf die Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte gelegt. Das EU-Justizbarometer weise für Österreich das Vertrauen in die Justiz auf dem 4. Platz – von 28 EU-Ländern aus, bei der Verfahrensdauer den 3. Rang, während z.B. Griechenland (mit durchschnittlich 330 Tagen) und Zypern (mit durchschnittlich 903 Tagen), hintere Plätze einnehmen. Die Einführung einer Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft habe weitere Verbesserungen in der Justiz erbracht.

Den Abschluss der Konferenz machte **Pierre-Jean Coulon**. Er wies in seinem Impulsreferat auf die dramatischen Veränderungen hin, welche durch die rasant fortschreitende Digitalisierung hervorgerufen werden. Die EU habe erste Schritte, z.B. mit der Deklaration von Venedig, gesetzt, aber unsere Arbeitswelt steht vor einer gewaltigen Veränderung. Davon wird natürlich auch die Arbeit der Gewerkschaften betroffen sein – ebenso wie der „soziale Dialog" in Zukunft zu führen sein wird.



Zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer lauschten den Referaten und beteiligten sich an der spannenden Diskussion.

Der Papst als Revoluzzer

125 Jahre Katholische Soziallehre

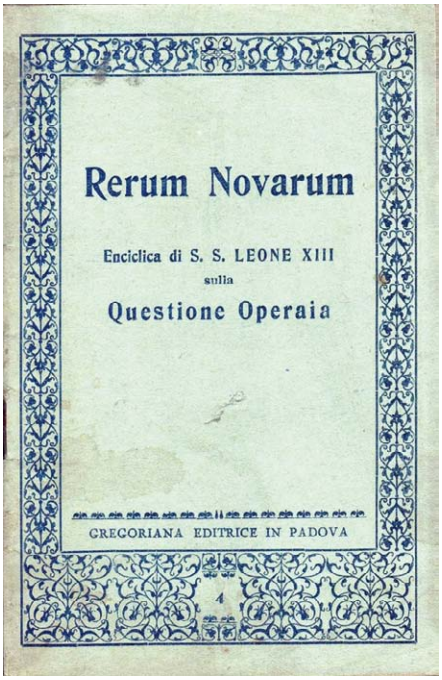
„KAISER, KÖNIG, EDELMANN, BÜRGER, BAUER, BETTELMANN" lautet ein Kinderreim. Und so war auch die soziale Wirklichkeit im späten 19. Jh. Dampfmaschine und Elektrizität machten große Fabriken möglich. Mit der Industrialisierung wuchs aber auch das „Proletariat", das Heer der unterernährten Arbeiterfamilien. Die Kirche schwieg zunächst. Schien doch mit dem „Gottesgnadentum" der Herrscher auch die Gliederung der Gesellschaft geregelt und legitimiert.

Arbeit als Ware

Aber das Elend der Massen schrie zum Himmel. Die Familien der Industriearbeiter lebten in Elendsquartieren, krank, von Tuberkulose bedroht, oft Analphabeten. 1991 schrieb Pp. Johannes Paul II im Rückblick auf diese Zeit zum 100. Jahrestag der Enzyklika Rerum Novarum: „Es entstand eine Form des Eigentums, das Kapital; und eine neue Form der Arbeit, die Lohnarbeit, gekennzeichnet von Fließbandproduktion,… einzig und allein bestimmt von der Leistung im Blick auf die Steigerung des Profits. Die Arbeit wurde so zu einer Ware, die frei am Markt gekauft und verkauft werden konnte." (CA 4) Ein Teil der Kirche reagierte im 19. Jh.: z.B. der Priester Adolf Kolping mit dem Gesellenverein, Bischof Wilhelm Ketteler mit Adventpredigten zur Frage von Eigentum und Lohnarbeit. Dazu kam eine Vielzahl von Orden, die im Arbeitermilieu Not zu lindern suchten: Schul- und Krankenorden, die sich vor allem um Frauen und Kinder der Arbeiterfamilien kümmerten.

Forderungen der Menschenwürde

1891 kam die „offizielle" kirchliche Stellungnahme zur Situation der Menschen



im christlichen Abendland. Pp. Leo XIII beschrieb in der Enzyklika „Rerum Novarum" (Der Geist der Neuerung) die Situation der gespaltenen Gesellschaft: Die Not der Arbeiter und die Strömung eines kampfbereiten Marxismus im „Proletariat" stand einer vom Wirtschaftsliberalismus geprägten Oberschicht rücksichtsloser „Kapitalisten" gegenüber. In Missachtung christlicher Grundsätze, so der Papst, geschah es „dass die Arbeiter allmählich der Herzlosigkeit reicher Besitzer und der ungezügelten Habgier der Konkurrenz isoliert und schutzlos überantwortet wurden" (RN 2).

Das Recht auf Privateigentum wird zwar verteidigt, aber die soziale Verpflichtung der Besitzenden betont. Und: ein Katalog von Rechten der Lohnarbeiter mit revolutionären, bisher in der Kirche noch nie formulierten Forderungen folgte. Begründung war die Würde des Geschöpfes: „Unter dieser Rücksicht sind alle Menschen gleich; kein Unterschied der Menschenwürde zwischen reich und arm, Herr und Diener, Fürst und Untertan" (RN 32). Daher wird Gerechtigkeit gefordert. Aus christlicher Sicht begründete Rechte werden eingefordert:

Katalog der Arbeitsrechte

- Gerechter Arbeitslohn, der die Familie ernähren kann (RN 34)
- Begrenzung der Arbeitszeit (RN 34-35)
- Freie Berufsvereinigung (heute Gewerkschaft, RN 38)
- Sonntagsruhe (RN32)
- Besonderer Schutz für Frauen und Kinder im Arbeitsleben (RN34-35)
- Regulierungspflicht des Staates durch Gesetze, die gerade der „besitzlosen Masse (RN 29)" Rechtsschutz geben.

Ausdrücklich verteidigt der Papst die Vereinigung von Arbeitern, die dafür sorgen, „dass es den Mitgliedern nie an Arbeit fehle, und dass eine gemeinsame Kasse vorhanden sei, aus welcher den einzelnen die Unterstützungen zufließen bei Arbeitsstockungen, in Krankheit, im Alter und bei Unglücksfällen" (RN 43). Damit schafft er die Grundlage für christliche Gewerkschaften.

Die Enzyklika „Rerum Novarum" wurde zum Fundament der Katholischen Soziallehre. Eigentlich ist sie auch „Gründungsurkunde" für die christliche Arbeiterbewegung und damit für die Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Abkürzungen:
RN: Enzyklika Rerum Novarum 1891
CA: Enzyklika Centesimus Annus 1991

Alfred Zankanella



Kramsacher Gespräche 2016

„Laudato Si - Über die Sorge für das gemeinsame Haus"

SCHON NACH SEINEM AMTSANTRITT HATTE PAPST FRANZISKUS EINE UMWELTENZYKLIKA ANGEKÜNDIGT. In der Enzyklika spricht er sich gegen die aktuelle Lebensweise der Menschheit aus, die er als „selbstmörderisch" bezeichnet. Niemals zuvor habe die Menschheit die Umwelt derart schlecht behandelt wie im 19. und 20. Jahrhundert, die Erde scheine sich zu einer „unermesslichen Mülldeponie" zu entwickeln. Ebenfalls kritisiert der Papst die Dominanz der Wirtschaft, insbesondere der Finanzwirtschaft, gegenüber der Politik. Der Rhythmus des Konsums, der Verschwendung und der Veränderung der Umwelt hat die Kapazität des Planeten derart überschritten, dass der gegenwärtige Lebensstil nur in Katastrophen enden könne. Die Folge sind auch große sozialpolitische Verwerfungen. Die Fragen des Umweltschutzes gehen Hand in Hand mit den Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Der Papst spricht von einer ökosozialen Krise.

„In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung für die Arbeitswelt, die sich in einem rasanten Wandel befindet, sehr groß. Gerade für uns als Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter sind diese Zeiten sehr herausfordernd. Grund genug, uns mit der Enzyklika Laudato Si zu befassen, um den Bogen von der Theorie zur Praxis zu spannen", betont FCG/GPA-djp Bundesgeschäftsführer Günther Trausznitz bei der Eröffnung der 20. Kramsacher Gespräche der FCG/GPA-djp und der Hans-Klingler Stiftung für internationale Gewerkschaftssolidarität.

Rund 60 Betriebsrätinnen und Betriebsräte haben teilgenommen, um den



Günther Trausznitz begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kramsacher Gespräche 2016

Ausführungen von drei Referentinnen und Referenten zu folgen. Dr[in] Karin Petter (Sozialethikerin und Mitarbeiterin des ÖGB), Dr[in] Paloma Fernández de la Hoz (Sozialhistorikerin und Mitarbeiterin der KSOe), sowie Mag. Johannes Mindler-Steiner (Geschäftsführer des IUFE) beleuchteten die Sozialenzyklika aus drei unterschiedlichen Blickwinkeln, setzten sie in Kontext zu Themen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und erarbeiteten in anschließenden Workshops mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Handlungsoptionen für Betriebsrätinnen und Betriebsräten sowie die FCG/GPA-djp.

Große Strategien und Pläne sind es, die wir von den Verantwortungsträgern einfordern, aber auch von unserer eigenen Organisation erwarten. Konkret muss es uns als FCG darum gehen, aktiv an der Schaffung von Rahmenbedingungen für ökologisch nachhaltige Arbeitsplätze mitzuwirken. Darüber hinaus wurde eine Forcierung der Ökologisierung des Steuersystems gefordert. Hier könnte ein Werkzeug ähnlich der Gemeinwohlbilanz wertvoll sein.

Die wohl wichtigsten Erkenntnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren, dass auch wenn es mühsam und klein erscheint, jede und jeder Einzelne gefordert ist, etwas zur Veränderung beizutragen. Die Summe der vielen kleinen Schritte bedingt Entwicklung.

Michael Schediwy-Klusek



Zahlreiche Gäste kamen nach Kramsach, um den spannenden Vorträgen beizuwohnen.

Jugend startet mit Informations-Kampagne

Arbeit 4.0 - Digitalisierung der Arbeitswelt



WIR SIND UNS ALS FCG DEN WEITREICHENDEN KONSEQUENZEN der zunehmenden Digitalisierung unserer Arbeitswelt bewusst und wollen die arbeitende Bevölkerung über die bevorstehenden Veränderungen bestmöglich informieren und sensibilisieren. Hierzu haben wir noch vor dem Sommer ein Magazin und eine Broschüre veröffentlicht sowie ein Video und eine Website erstellt, in denen wir über bevorstehende Veränderungen aufklären und wichtige Denkanstöße liefern wollen.

Seit geraumer Zeit, doch insbesondere seit vorigem Jahr beschäftigt sich die FCG intensiv mit dem Thema der Digitalisierung. Mit der beginnenden Diskussion um eine künftige Maschinensteuer innerhalb der Regierungsparteien gelangt das Thema darüber hinaus zunehmend in die politische Arena.

Eine Wertschöpfungsabgabe sollte aus unserer Sicht aufgrund der damit sinkenden Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich mit Vorsicht betrachtet werden. Eine solche Regelung würde nur auf europäischer Ebene Sinn machen, weil ansonsten viele Betriebe abwandern würden. Wir präferieren derzeit andere Wege für die Sicherung unserer Sozialsysteme. Den größten Spielraum sehen wir bei international agierenden Unternehmen, die in Österreich Umsatz generieren, aber mittels Steuertricks keinen Beitrag für unsere Gesellschaft leisten möchten.

Zentral sehen wir die Schaffung einer leistungsstarken digitalen Infrastruktur, Stichwort Breitbandausbau und Glasfasernetze. Darüber hinaus muss unser heimisches Bildungssystem den neuen Gegebenheiten einer digitalen Welt angepasst werden. In einer Wissensgesellschaft, in der wir uns befinden, gewinnt das „digitale" Klassenzimmer an Bedeutung. Neben der technischen Ausstattung, betrachten wir die Veränderung der Erwerbsbiografie als wichtige Herausforderung. D.h. die Ausbildung der Menschen darf nicht mit dem Schulabschluss enden, sondern sollte im Sinne des „lebenslangen Lernens" bis ins hohe Erwachsenenalter fortgeführt werden.



© Michael Weinwurm

Bildung, Innovationsfähigkeit und ein gesundes Maß an Flexibilität sind aus unserer Sicht Schlüsselfaktoren, um die Digitalisierung unserer Lebens- und Arbeitswelten erfolgreich zu gestalten. Deshalb sprechen wir uns für Modelle aus, die zu einer Flexibilisierung von Arbeitszeit- und -ort führen. Dies kann Vorteile für Arbeitgeber und Beschäftigte gleichermaßen mit sich bringen.

Auf Anfrage senden wir Ihnen gerne unser Magazin „Arbeit 4.0 – Digitalisierung der Arbeitswelt" zu. Digital finden Sie das Magazin auf unserer Website **www.digitale-arbeitswelt.at**

125 Jahre Soziallehre unterwegs

Gesellschaft im Wandel

SEIT ERSCHEINEN DER ERSTEN SOZIAL-ENZYKLIKA „Rerum Novarum" vor 125 Jahren hat sich vieles zum Besseren gewendet, dennoch stehen wir vor großen Herausforderungen, so der Tenor bei der Jubiläumsveranstaltung, zu der im Juni 2016 von der Fraktion christlicher Gewerkschafter/innen – FCG im ÖGB, der Katholischen Arbeitnehmer/innen Bewegung – KAB-Österreich und der Kath. Sozialakademie Österreichs – ksoe in die „River-Box" im ÖGB eingeladen wurde.

Die „Soziale Frage" müsse auch heute im Mittelpunkt stehen, so FCG-Vorsitzender Schnedl, der über 100 Teilnehmer/innen begrüßen konnte. Er nannte die zunehmende Entkoppelung von Arbeit, Zeit und Ort als zentrale Herausforderung.

Thomas Wallimann-Sasaki, Sozial- und Wirtschaftsethiker sowie Leiter des Sozialinstituts der KAB Schweiz, skizzierte in seinem Beitrag den Wandel der Arbeitswelt von der Industrialisierung bis hin zur „Industrie 4.0" mit Digitalisierung, „Internet der Dinge" und dem Versprechen, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Dies sei kritisch zu hinterfragen.

Die Leiterin der Kath. Sozialakademie Österreichs, Magdalena Holztrattner, erinnerte in ihrem Beitrag daran, dass die Soziallehre der Kirche den Blick auf das Leid von Menschen und die dahinterliegenden Verhältnisse richte, die „nicht naturgegeben" seien, sondern „veränderbar".

Mechthild Hartmann-Schäfers, die Leiterin der ZASS – Stiftung „Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherheit", befasste sich in ihrem Input mit dem Thema Wasser. Bereits heute sterben 1,5 Millionen Kinder unter 5 Jahren an wasser- und sanitärbedingten Krankheiten. Es werde bereits damit gerechnet, dass 2050 die Hälfte der Weltbevölkerung unter extremer Wassernot leiden werde.

Zum Abschluss wurde die Ausstellung „Wasser ist Leben" von Anne Bölling-Ahrends und Mechthild Hartmann-Schäfers im ÖGB-Catamaran in Wien eröffnet.



Norbert Schnedl begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste bei der Veranstaltung.



Auch der em. Bischof Maximilian Aichern beehrte die Veranstaltung mit seiner Anwesenheit.

Deutschkurs für Mitarbeiter

DIE FIRMA BRANTNER AUS KREMS startete im Frühjahr auf Initiative des Betriebsrates Thomas Svejda einen Deutschkurs für 24 Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der Zweigstelle Hagenbrunn. Ziel ist es, die Sprachkenntnisse der Mitarbeiter zu verbessern. Davon profitiert auch das Unternehmen. Der Erwerb der deutschen Sprache ist sehr wichtig im Umgang mit den Kunden und somit auch das Aushängeschild des Unternehmens.



Realistische Lösungen statt weltfremder Verbote

Digitalisierung

Ein cooles Projekt hat die Jugend der FCG in den vergangenen Monaten auf die Beine gestellt.



Norbert Schnedl und Karl Nehammer betonten in der Diskussion, dass die sozialen Sicherungssysteme auch im Zeitalter der Digitalisierung sicher sein müssen.

Im Mai 2016 wurde ein kleiner Kreis ins COCOQUADRAT Wien geladen, ein Co-working space, wo sich Einzelpersonen und kleine Teams für einige Stunden zum Arbeiten „einmieten" können.

Ganz der modernen und offenen Atmosphäre entsprechend, stellten Rene Grundei und Denis Strieder – also der Vorsitzende und der Generalsekretär der FCG-Jugend – das Projekt vor: Die neue Homepage „digitale-arbeitswelt.at" wurde freigeschaltet, der neue Folder und eine Broschüre mit Texten von jungen Menschen „Arbeit 4.0 – Digitalisierung der Arbeitswelt" präsentiert.

In der Diskussion zeigten sich die Experten schwer beeindruckt. Karl Nehammer, Generalsekretär des ÖAAB-Österreich, lobte den positiven Zugang der FCG-Jugend, die mit ihrem Projekt „Digitalisierung" als Chance begreift und nicht bloß stereotyp auf damit verbundene Gefahren, z.B. drohender Verlust von Arbeitsplätzen, hinweist. Stefan Schnöll, Generalsekretär der JVP, wies darauf hin, dass die „digitale Revolution" bereits in vollem Gange sei und von der FCG-Jugend ganz richtig beschrieben wird: „Wir haben die Wahl, ob wir den Schwung mitnehmen und auf der Welle reiten oder uns dagegen wehren und in den Wassermassen der Digitalisierung untergehen." Norbert Schnedl, Bundesvorsitzender der FCG und ÖGB-Vizepräsident, sprach bereits neue Modelle an, wie wir als Christgewerkschafterinnen und Christgewerkschafter auch in Zukunft unsere Sozialsysteme sichern können, was z.B. durch Regulierungen des Marktzugangs möglich sein werde. Die Moderatorin der Diskussion, Anne Rothleithner-Reinisch, schloss den Abend mit einem Zitat aus der neuen Broschüre: „Unser Ziel ist es, dass alle Menschen gleichermaßen an den neuen Möglichkeiten des digitalen Zeitalters teilhaben und profitieren können. Dafür werden wir uns engagieren!"



Der JVP-Generalsekretär, Stefan Schnöll, fordert eine gewisse Flexibilität in der Diskussion über Digitalisierung ein.



Das Plenum zeigte in der Diskussion die verschiedenen Zugänge zur Digitaliserung auf.

Die Herausforderungen einer Ökosozialen Marktwirtschaft

VOM 19. BIS 21. APRIL 2016 FAND IN BELGRAD das von der FCG/GPA-djp, WOW - World Organization of Workers, der serbischen Gewerkschaft BOFOS und dem Europäischen Zentrum für Arbeitnehmerfragen organisierte Seminar „Die Herausforderungen einer Ökosozialen Marktwirtschaft" statt.

Über 70 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus über 30 Ländern waren der Einladung von WOW Europapräsidenten und FCG/GPA-djp Bundesgeschäftsführer Günther Trausznitz gefolgt, um sich über eine neue soziale und ökologische und somit nachhaltige Marktwirtschaft auszutauschen. Als Referenten aus Österreich waren der „Vater der Ökosozialen Marktwirtschaft", BM a.D. Josef Riegler, und IUFE-Geschäftsführer Johannes Mindler-Steiner eingeladen.



Günther Trausznitz mit IUFE-Geschäftsführer Mag. Johannes Mindler-Steiner.



BM a.D. Josef Riegler, als Erfinder der Ökosozialen Marktwirtschaft, ist bereits Stammgast bei internationalen Seminaren der FCG.



Norbert Schnedl besuchte die FCG in der PRO-GE bei deren Klausur in Bad Hofgastein zu aktuellen politischen Themen, insbesondere zur Mindestsicherung und zum Asylgesetz. Anlässlich der Pensionierung von Norbert Schleicher, langjährigem BRV von der Firma Wittur Austria GmbH in NÖ, überreichte Norbert Schnedl ihm das Goldene Ehrenzeichen der FCG.

Kinderbetreuungsgeldkonto neu bringt mehr Flexibilität

DIE BUNDESFRAUENVORSITZENDE DER FCG, Monika Gabriel, zeigte sich in einer ersten Stellungnahme über den Ministerratsbeschluss zum „Kinderbetreuungsgeldkonto neu" sehr erfreut und bedankte sich bei den beiden zuständigen Ministerinnen, dass Vernunft und Kompromissbereitschaft bei den weiteren Verhandlungen rund um das Kinderbetreuungsgeldkonto neu zu einer Lösung geführt haben, die im Sinne der jungen Familien ist. „Die Veränderungen bei der Familienzeit von dem starren 31-Tage-Modell auf eine flexiblere Lösung sowie die nun gegebene Kranken- und Pensionsversicherung machen das Angebot der Väter-Einbindung noch attraktiver. Mit diesem Modell können Familien die Bezugsdauer und -höhe des Kinderbetreuungsgeldes sehr individuell und flexibel lösen. Die mir besonders wichtige Wahlfreiheit für die Eltern ist gegeben und einer höheren Väterbeteiligung sollte nichts mehr im Wege stehen", so Gabriel. Das Kinderbetreuungsgeldkonto neu befindet sich derzeit im parlamentarischen Prozess und soll mit dem 1. März 2017 in Kraft treten. Die Details zum Gesetzesentwurf finden Sie auf der Website des Bundesministeriums für Familie und Jugend (www.bmfj.gv.at).



Monika Gabriel
Bundesfrauenvorsitzende der FCG

JUNG – MOTIVIERT – INTERESSIERT!

DIESE ATTRIBUTE SIND BEZEICHNEND für die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den FCG KV-Neu Kursen in der Post. Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Post nutzen das umfangreiche FCG-Bildungsprogramm, um sich erste Eindrücke der erfolgreichen, gewerkschaftlichen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zu holen.

In den dreitägigen Spezialseminaren lernen die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer – unter der Leitung von Raimund Taschner – die inhaltlichen und rechtlichen Schwerpunkte des Kollektivvertrages NEU kennen und ein weiterer Hauptfokus wird im Rahmen der Persönlichkeitsbildung auf die erfolgreiche Rhetorik und die begleitende Körpersprache gelegt.



WEBTIPP

GENERALSEKRETÄR ANDREAS GJECAJ hat in der Zeitung „Arbeit und Wirtschaft" einen Kommentar zum Thema Flucht und Integration geschrieben. Hier können Sie diesen nachlesen: http://blog.arbeit-wirtschaft.at/integration-seiltanz-in-die-freiheit/



Seiltanz in die Freiheit

Eigentlich bin ich ganz anders, nur kommt ich so schen dazu." Diesen Satz hat Ödön von Horváth uns Österreicherinnen schon vor fast 100 Jahren ins Stammbuch geschrieben. Spätestens seit den über 70 Leichen in einem abgestellten Kleinlaster im Burgenland im Herbst 2015 und der Silvesternacht in Köln scheint es die „österreichische Seele" wieder zu zerreißen: Hier die „Refugees welcome"-Transparente, dort die „Ausländer raus"-Parolen.

Dazwischen eine brisante Mischung: Flüchtlinge, Asylwerberinnen, subsidiär Schutzberechtigte ... Unzählige Begriffe, die gerne verwechselt, vermischt oder sonst wie durcheinandergebracht werden, bis sich niemand mehr auskennt. Dazu eine Politik, die immer schneller zwischen Hilfsbereitschaft und Brachial-Maßnahmen hin- und herschwingt. Zitate, die nicht so genannt werden dürfen, und Rückwerte, die vielleicht auch Obergrenzen sein könnten. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte diese brisante Mischung ganze Kabarettabende füllen. So aber werden andere politische Themen in Österreich zugedeckt und es entsteht ein wirklich gefährlicher Sog nach unten.

Angst ist kein guter Ratgeber

Brisante Mischungen erzeugen oft diffuse Ängste. Dabei gilt: nicht verharmlosen und nicht dramatisieren, sondern Fakten darstellen. Als meine albanische Familie vor über 50 Jahren nach Österreich flüchtete, war nicht nur die Sprache zu erlernen. Wir Kinder waren mehrfache „Dolmetscher" für die Familie, weil es ja auch riesige kulturelle Unterschiede gab. Die Richtung für unsere Integration gab dabei mein Vater mit dem Satz vor: „Man muss so tanzen, wie die Musik spielt."

Bevorzugte Region

Gar zu leicht vergessen wir in Österreich, dass wir in einer bevorzugten Region der Welt leben. Nicht nur, dass Demokratie und Menschenrechte fixer Bestandteil unserer Kultur sind und auch aus unseren Wasserhähnen wirklich gutes Trinkwasser fließt, gilt es an 1955 zu erinnern, als am Balkon des Belvedere der Ruf erklang: „Österreich ist frei!"

Damit ist bei uns Realität, wovon Menschen in vielen Teilen der Welt, wo Diktatur und Korruption herrschen, nur träumen. Wenn diese den Mut haben, ihre Heimat für immer zu verlassen, werden sie bei uns als „Wirtschaftsflüchtlinge" bezeichnet. Es sollte schon mindestens ein Bürgerkrieg toben, damit wir unsere Mischung aus Angst und Zynismus ablegen und über Integration nachdenken.

Noch schwieriger wird es, wenn wir versuchen – am Beginn des 21. Jahrhunderts –, unsere Kultur zu beschreiben, in welche sich ja die „Neu-Hinzugekommenen" integrieren sollen. Längst ist die Wirtschaft mit dem Zauberwort „Marke" zur treibenden Kraft geworden und hat den Einfluss von Politik, Religion und Kunst weit zurückgedrängt. „Hast du etwas anzubieten? Rechnet es sich?" erscheinen so als die einzig zulässigen Fragen dieses Marktes.

Weil aber der Mensch mehr ist als nur arbeitender Konsument und weil in unserem Leben auch andere Werte gelten sollen als nur jene, die über den Ladentisch gehen, müssen wir eine neue Balance finden. Das ist ein schwieriges Unterfangen, vergleichbar mit einem Seiltanz.

Bestimmend für einen neuen Kurs

Als Gewerkschafterinnen können wir uns nicht mit den Defiziten einer Gesellschaft zufriedengeben, wie sie der Wiener Pastoraltheologe Paul Michael Zulehner beschreibt: Er sieht den Mangel an Gerechtigkeit, den Mangel an Gemeinschaft und den Mangel an Sinn als wesentlich.

Wir müssen diese Mängel bekämpfen und unsere Gesellschaft in eine soziale Ausgewogenheit bringen, die auch Aufnahme und Integration ermöglicht. Irgendwelche Integrationskurse werden da nicht ausreichen, vielmehr müssen wir dem derzeitigen „Sog" entgegenwirken und bestimmend für einen neuen Kurs werden!



Die Christgewerkschafter in der Gewerkschaft Bau-Holz trafen sich heuer wieder zur Bundeskonferenz in Semriach (STMK), um sich auszutauschen. FCG-Bundesvorsitzender Norbert Schnedl, FCG-Generalsekretär Andreas Gjecaj, FCG-STMK-Landesvorsitzender Franz Gosch, FCG-NÖ-Landessekretär Martin Pohnitzer und der Theologe Alfred Zankanella informierten die Teilnehmer über aktuelle politische Themen in Österreich. Für die mitgereisten Partnerinnen gab es ein spannendes Rahmenprogramm in Graz.

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Zentralverband der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs I Adressverwaltung: FCG-Organisationsbüro, Tel.: 01/401 43-300, E-Mail: borgref@fcg.at I Beide: 1080 Wien, Laudongasse 16 I Web: www.fcg.at I ZVR-Zahl: 938 560 454 I Chefredaktion: Anneliese Rothleitner-Reinisch, MSc

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.fcg.at/impressum